

berta

#855

17/07/14

Magazin der
Studierendenschaft



Toleranz?

Liebe Menschen,

in diesem Heft haben wir uns Toleranz zum Thema gemacht. Wo immer man sich umhört, Toleranz ist in aller Munde. Als Modewort hat sie auch Eingang in den Sprachgebrauch derer gefunden, die Integration als Unterordnung verstehen. An Hegemonien, an Strukturen rüttelt sie nicht. Stattdessen behält sie den Gestus des*der unterwürfig Bettelnden. Nicht umsonst ist sie darum in Politik, aber auch im breiten gesellschaftlichen Diskurs anerkannt. Gleichzeitig bleibt der

Wunsch, wenn nicht als gleichberechtigt akzeptiert, so doch wenigstens toleriert zu werden, häufig unerfüllt. So bei Flüchtlingen aus angeblich sicheren Herkunftsländern, die nun wieder vermehrt abgeschoben werden. Dies sollte bei aller Freude um den wundervollen CSD nicht vergessen werden. Genauso falsch wäre es allerdings, die Erfolge im Eintreten für die Rechte jener Menschen, die sich nicht im heteronormativen Geschlechterbild wiederfinden, zu relativieren. Aus ihren

jahrzehntelangen Kämpfen gilt es Kraft zu schöpfen. An ihnen lässt sich sehen, dass diese Welt eben doch eine veränderbare ist.

die Redaktion

Inhalt #855

HoPo

Vorstandsbericht: Ein Jahr VS

S. 3

Kirchliche Einflussnahme auf Lehrstühle

S. 4

Gesellschaft

Umgestaltung des Platz der alten Synagoge

S. 6

Bericht CSD Freiburg

S. 8

Willkür des Ordnungsamtes

S. 10

Erneut Abschiebungen nach Osteuropa

S. 12

Unpublic Viewing

S. 12

Essay: Vom Ende des Traums

S. 13

Service

Service und Termine

S. 15

Stud.live

Brief an die Rhenania

S. 16

Warum geschlechtsneutral?

Der AstA tritt ausdrücklich für die konsequente Verwendung geschlechtsneutraler Formulierungen ein (z.B. das „große I“ oder den Gender-Star). Wir sehen dies als unverzichtbares, wenn auch nicht hinreichendes Mittel, um die tatsächliche Gleichberechtigung von allen Menschen in der Gesellschaft zu erreichen. Autor*innen, die von einer entsprechenden Schreibweise abweichen, sind dafür ausschließlich selbst verantwortlich.

Inhaltliche Verantwortlichkeit

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge spiegeln nicht die Meinung von Redaktion, AstA und/oder StuRa wieder. Sie sind, sofern nicht anders gekennzeichnet, Meinungen von Einzelpersonen.

Über Äußerlichkeiten

„Beschämend!“, „Rufschädigung!“ – Eine heiße Debatte tobt in den Sitzungen der Fachschaften und Initiativen. Es geht – wieder einmal – um einen Namen. Sollen wir nun „StuRa“, „VS“ vielleicht „Studifée“ oder doch „u-asta“ heißen? Kein Thema erregt so die Gemüter wie die Frage nach dem Kürzel der Studierendenvertretung. Man möchte etwas hermachen und ja: Der erste Eindruck zählt. Die Angst ist groß, am Ende noch von einer Lifestylevertretung feertreten zu werden. Und weil ohne Onlinetool nun auch der Spaßfaktor genommen ist, beim Fußballschauen und nun sogar auf Demos nur noch gefeiert und nicht mehr skandiert und gemosert wird, muss man doch irgendwo hin mit dem Empörungsbedarf. Endlich auch wieder ein einfaches Thema. Anarchie? Das kann sich doch ohnehin niemand vorstellen. Satzungen? Ist doch öde Bürokratie. Fakultative Studiengebühren? Das versteht doch eh keiner. Namensdebatten dagegen – endlich was Handfestes.

Eric Steinsberger

Ein Jahr VS

Strukturwahn und gute Aussichten

Das Sommersemester neigt sich dem Ende zu, die Amtszeiten der Exekutive der Studierendenvertretung auch. Schon beginnen wir intern uns Gedanken zum kommenden Jahr zu machen und das hält – unweigerlich – zu Reflektion über das vergangene Jahr an. Was war gut, was schlecht? Was soll beibehalten, was unstrukturiert werden? Welche Vorbereitungen müssen für den Start ins kommende akademische Jahr getroffen werden? Was folgt, sind politische wie strukturelle Überlegungen.

Zum Beispiel die Besetzung der Ämter: Laut Satzung sollen sich Exekutive, also Vorstand und Referate, sowie die WSSK und das Studierendenratspräsidium auf der ersten Sitzung des Studierendenrats mit den neu gewählten Mitgliedern vorstellen, um gewählt zu werden. Bei allen Ämtern soweit kein Problem mit Ausnahme des Vorstands. Dieses Amt, wie auch immer es ausgelegt und -geführt wird, bedarf einiges an Einarbeitung. Nun ist es allerdings genauso schwer einzu-

sehen, dass Menschen sich über die Sommerpause einarbeiten lassen, wenn nicht klar ist ob sie gewählt werden, wie dass wir als jetziger Vorstand noch einen Monat länger arbeiten sollen, als angedacht. Schließlich müssen auch wir noch studieren, oder wollen vielleicht ins Ausland. Daher sollten sich die Interessierten auch schon diese Woche am 15.07.2014 im StuRa vorstellen, damit sie noch vor dem kommenden Semester sicher gewählt und eingearbeitet werden können. Natürlich kann man sich aber auch nach dem 15.07. jederzeit auf ein Amt im Vorstand bewerben.

Doch auch politisch soll das kommende Jahr anders gestaltet werden. Nachdem wir dieses Jahr hauptsächlich mit struk-

tureller Arbeit beschäftigt waren, fragen wir uns wie wir es ermöglichen können, das der Vorstand von nächstem Jahr mehr Spielraum hat, sich politisch zu engagieren und eine explizit hochschulpolitische Positionierung der Studierendenvertretung auszuarbeiten. Immerhin steht viel an. 2014 war als Jahr des bundesweiten Bildungsstreiks ausgerufen worden. Ein Vorhaben, das sich nach Freiburg leider nur schwer durchsetzen konnte. Auch weil Bildungsstreik zum einen ein durchaus abgegriffenes Wort

sicherung zum einen und die stärkere Verbindung zwischen Fachbereichen bzw. Initiativen und Exekutive machen. Als Vorstand haben wir das Gefühl bekommen, dass in den meisten Fachbereichen keine Klarheit darüber herrscht, was die Studierendenvertretung konkret ist und wie sie funktioniert. Eine gute Arbeit für AstA und Vorstand ist allerdings nur möglich, wenn die Initiativen im StuRa und alle Fachbereiche hinter dieser Arbeit stehen. Denn sie bilden den Fixpunkt, an dem man sich orientieren, dessen Interessen man vertreten will.

Was das Vorstand-Sein darüber hinaus bedeutet, muss ein*e jede*r, die*der das Amt gerne ausfüllen würde, für sich selber entscheiden. Konstitutiv ist der Aufgabe nur eines: Den Laden am Laufen halten. Kompetenz- und Zuständigkeitszuteilung kann jederzeit neu definiert werden. Mit der Erneuerung der Struktur können auch die Aufgaben neu zugeteilt

werden. Viele der eher administrativen Aufgaben können nun auch von den endlich gerecht angestellten Menschen übernommen werden. Auch können wir uns im Moment über sehr aktive und motivierte Referent*innen freuen, die viel politische Arbeit leisten. Hier wird es auch für kommende Vorstände viele Anknüpfungspunkte geben.

Wir jedenfalls wollen in der uns verbleibenden Zeit alles dafür tun, dass der zukünftige Vorstand jede Freiheit hat, die er zur Erfüllung seiner Vorstellungen im Rahmen der Beschlüsse des Studierendenrats hat.

Julian Zimmer für den Vorstand



An dieser Stelle könnte nächstes Semester auch dein Bild stehen.

ist und zum anderen mit dem Aktionstag Hochschulfinanzierung, an den sich eine in Stuttgart stattgefundene Demonstration anschloss, sehr stark von den Landesuniversitätsrektoren ausgehen, deren Ziele man im konkreten Fall teilt, von denen man sich aber nicht ausnutzen lassen wollte. Mit mehr Freiraum der Vorstände soll schließlich wieder angeschlossen werden an die starke inhaltliche Arbeit, die unsere Studierendenvertretung bisher geleistet hat. Ideen gibt es also schon, eventuell ein entsprechendes entlastendes Referat einzurichten.

Damit zusammen hängt auch das Problem der Kommunikation. Hierzu müssen wir uns Gedanken über die Wissens-

Wissenschaft im Namen des Herrn

Bei der Besetzung von drei Lehrstühlen an der philosophischen Fakultät redet die Kirche mit

Konkordatslehrstühle sind Lehrstühle, die außerhalb der theologischen Fakultät angesiedelt sind, bei deren Besetzung die katholische Kirche aber trotzdem mitredet. In Bayern haben die Bischöfe Anfang 2013 angekündigt, zukünftig auf ihr Mitspracherecht zu verzichten. In Freiburg wird an den umstrittenen Konkordatslehrstühlen festgehalten. Es geht um einen Lehrstuhl für Philosophie, derzeit von Maarten J.F.M. Hoenen besetzt, sowie den Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte II, den Birgit Studt bekleidet. Daneben gibt es den Lehrstuhl für Christliche Archäologie und Byzantinische Kunstgeschichte im Institut für Archäologische Wissenschaften, der „konkordatsähnlich“ behandelt wird.

Die Entstehung der Konkordatslehrstühle in Freiburg

Die Wurzeln der Konkordatslehrstühle reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück. Bereits 1893 wurde ein Lehrstuhl für Geschichte, 1903 ein Lehrstuhl für Philosophie eingerichtet, die jeweils mit Katholiken zu besetzen waren. Dahinter standen die Bemühungen der katholischen Kirche, an der bis dahin von Protestanten dominierten Universität eine Parität herzustellen. Dieser Gedanke spielte auch bei Verabschiedung des Badenkonkordats von 1932 eine Rolle. Hinzu kam jedoch, dass durch das Badenkonkordat die im Zuge des badischen Kulturexamens erfolgte Verpflichtung von Theologiestudierenden zu einer philosophisch-theologischen Grundausbildung vertraglich geregelt wurde. Im Gegenzug verlangte die katholische Kirche die vertragliche Absicherung der Lehrstühle.¹

Die Verabschiedung des Gesetzes zum Badenkonkordat verlief nicht ohne Reibungen. Das Zentrum war die einzige Partei im damaligen Landtag, die den Vertrag

mit dem Vatikan und die zugesicherten Professuren bedingungslos unterstützte. Widerstand gab es nicht nur aus den Oppositionsparteien, sondern auch von der nationalliberalen Deutschen Volkspartei und der SPD, die zusammen mit dem Zentrum die Regierungskoalition bildeten. Die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Konkordats waren so groß, dass die SPD 1932 die Regierung verließ, die damit über keine eigene Mehrheit mehr verfügte. Die Abstimmung fiel dann auch denkbar knapp aus. Am 9. Dezember wurde mit 44 zu 42 Stimmen das Gesetz zum Konkordat verabschiedet, weil zwei Oppositionsabgeordnete fehlten.²

Im Schlussprotokoll zu Artikel IX des Badenkonkordats heißt es seither: „Im Hinblick auf die in Art. VII geforderte philosophisch-theologische Ausbildung wird der Badische Staat dafür Sorge tragen, daß an der Universität Freiburg je eine Professur für Philosophie und Geschichte besteht, die mit je einer Persönlichkeit besetzt wird, welche für die einwandfreie Ausbildung der Theologiestudierenden geeignet ist.“ Bei dem Konkordat handelt es sich um einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen der Republik Baden mit dem Vatikan. An diesen ist Baden-Württemberg als Rechtsnachfolger der Republik Baden bis heute gebunden.

Widerstand an der philosophischen Fakultät

Auch an der Universität Freiburg stieß das Konkordat auf Ablehnung. Unmittelbar nach der Verabschiedung des Gesetzes reichte die philosophische Fakultät eine Eingabe ein, in der sie kritisierte, nicht an den Verhandlungen beteiligt worden zu sein, und forderte eine Erklärung der Regierung, dass „die Aufgabe der beiden Lehrstuhlinhaber weder auf die Ausbildung der Theologen beschränkt, noch wesentlich durch diese zur Sonderaufgabe

bestimmt sei, und daß der kirchlichen Instanz kein Mitbestimmungs- und Einspruchsrecht zustehe.“³

Die Eingabe leitete der damalige Rektor Josef Sauer an den Kultusminister weiter – was ihm teuer zu stehen kam: Dem Theologen wurde wegen seiner Kritik am Konkordat seitens der Kirche die Erhebung zum Prälaten verweigert. Erzbischof Gröber schrieb in einem Brief an den Vatikan: „Zu meinem Bedauern hörte ich, daß von Universitätskreisen beim badischen Kultusministerium Schritte unternommen worden sind gegen jenen Artikel, der von den Weltanschauungsprofessuren handelt. Leider hat diesen Schritt auch der Theologieprofessor und derzeitige Rektor der Universität Sauer unterschrieben. Nun läuft zur Zeit unsere Eingabe in Rom, um Sauer zum Prälaten erheben zu lassen. Ich meine, das Beste wäre auch in diesem Falle: Si dilata! Hätten Sie die Freundlichkeit, Se. Eminenz davon zu unterrichten. Quertreibereien gegen das Konkordat oder Teile desselben verdienen die Prälatur vorerst nicht. Es tut mir um Sauer leid, weil er wissenschaftlich eine Auszeichnung wohl verdienen würde.“⁴

Anfang der 1940er Jahre schaffte die philosophische Fakultät den Konkordatslehrstuhl für Philosophie ab und richtete stattdessen einen Lehrauftrag ein, der die philosophische Ausbildung der Theologiestudierenden gewährleisten sollte. Sie erhielt dabei Unterstützung von der nationalsozialistischen Landesregierung, obwohl sich die katholische Kirche ansonsten gut mit den Nazis arrangiert hatte und das Reichskonkordat von 1933 ausdrücklich die Fortgeltung der Länderkonkordate feststellte. 1946 wurde der Konkordatslehrstuhl für Philosophie wieder hergestellt.⁵

Im Jahr 2008 ist ein dritter Lehrstuhl hinzugekommen, der „konkordatsähnlich“

behandelt wird. Dabei handelt es sich um den Lehrstuhl für Christliche Archäologie und Byzantinische Kunstgeschichte der im Zuge von Umstrukturierungen von der theologischen Fakultät zum an der philosophischen Fakultät angesiedelten Institut für Archäologische Wissenschaften wechselte. Der Lehrstuhl ist jetzt von der theologischen Fakultät kooptiert und unterliegt den gleichen Bestimmungen wie ordentliche Theologie-Professuren. Rechtsgrundlage ist eine Vereinbarung zwischen der philosophischen und der theologischen Fakultät.

Wer entscheidet?

Im Unterschied zu anderen Konkordaten legt das Badenkonkordat nicht fest, wer über die Eignung entscheidet. Der Jurist Konrad Tillmann geht von einem echten Vetorecht des Bischofs aus, das auch nach der Berufung als Beanstandungsrecht fortgilt. Andere sehen in der Bestimmung ein unverbindliches Anhörungsrecht, verbunden mit der Verpflichtung, im Konfliktfall eine freundschaftliche Einigung anzustreben. Die Befugnis zur letztendlichen Entscheidung liege beim Staat.

In der Praxis läuft es so, dass zunächst die Universität das Auswahlverfahren durchführt und anschließend der Bischof um Zustimmung gebeten wird. Zu einem Konfliktfall sei es nach Angaben der Universität bisher nicht gekommen. Grund dafür könnte auch sein, dass die Universität schon im Auswahlverfahren Rücksicht auf die Vorstellungen der katholischen Kirche nimmt und dass bestimmte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sich gar nicht erst bewerben.

Die Eignung zur einwandfreien Ausbildung der Theologiestudierenden

Hinsichtlich des anzulegenden Maßstabs wird zum Teil vertreten, dass die Kriterien, die für Hochschullehrerinnen und -lehrer der theologischen Fakultät gelten, analog anzuwenden sind. Aber auch Autorinnen und Autoren, die diese Auffassung ablehnen, gehen davon aus, dass „die betreffenden Gelehrten keine Lehren vertreten dürfen, die geeignet sind, den Glauben der katholischen Kirche zu zerstören und die Disziplin der Kirchenmitglieder zu untergraben“, und dass „dauernde grobe, öffentlich bekannte und ärgerniserregende Verstöße gegen die

Grundgebote christlicher Sittlichkeit die Eignung für die ‚einwandfreie Ausbildung der Theologiestudierenden‘ in Frage stellen können.“⁶ Sind homosexuelle oder in zweiter Ehe lebende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler also auf den beiden Lehrstühlen nicht erlaubt?

Modernere Auslegungen stellen auf die Forschungsgebiete der Bewerberinnen und Bewerber ab. In diese Richtung deuten auch jüngere Äußerungen der Erzdiözese Freiburg, nach denen es um das Themenspektrum gehe, „etwa ob Kirchengeschichte zum Arbeitsfeld gehöre“. Die Religionszugehörigkeit spiele keine Rolle.⁷ Tatsächlich ist Birgit Studt, die momentan den Lehrstuhl für Philosophie bekleidet, Protestantin.



Darf nicht nur an der theologischen Fakultät mitreden: Stephan Burger, der neue Bischof von Freiburg.

Der Theologe Thomas Neumann, der im Zuge seiner Promotion mit Vertretern der Kirche gesprochen hat, berichtet jedoch, dass nicht eindeutig auf die Frage geantwortet wurde, ob auch Atheistinnen und Atheisten akzeptiert würden. Dies deute darauf hin, dass die Kirche darin ein Problem sehe. Zumindest sei davon auszugehen, so Neumann, dass ein „aggressiver Laizismus“, wie er beispielsweise von einigen Personen aus der Humanistischen Union vertreten werde, zu einer Ablehnung führen würde.

Bewegung in Bayern

Die meisten Konkordatslehrstühle gibt es in Bayern: 21 Professuren für Pädagogik, Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie. Schon 1980 gab es eine Klage, die der bayrische Verfassungsgerichtshof mit der Begründung abwies, dass der Staat in

Bildungsangelegenheiten auf die Zusammenarbeit mit der Kirche angewiesen sei.

Inzwischen wird in zwei neuen Verfahren um die Konkordatslehrstühle gestritten. Die Philosophieprofessorin Ulla Wessels geht im Wege der „Konkurrentenklage“ gegen die Besetzung der Professur für Praktische Philosophie an der Universität Erlangen-Nürnberg vor. Sie selbst hatte sich beworben und wurde abgelehnt. In einem anderen Verfahren geht es um die inzwischen erfolgte Neuausschreibung. Beide Verfahren sind inzwischen beim Bundesverfassungsgericht, das noch nicht entschieden hat, ob es sie zur Entscheidung annimmt.

Wessels, die von verschiedenen laizistischen Organisationen unterstützt wird, argumentiert, dass sie nicht die gleichen Chancen auf eine Berufung habe, weil sie keine Katholikin sei und öffentlich Positionen zum Thema Abtreibung vertrete, die denen der katholischen Kirche widersprechen. Dies verletze das von Art. 33 Grundgesetz verbürgte Recht auf gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern unabhängig vom religiösen Bekenntnis, den Gleichbehandlungsgrundsatz und die Wissenschaftsfreiheit. Darüber hinaus verstoße das Konkordat gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und die zugrunde liegende europäische Richtlinie.

Anfang 2013 erklärten die bayrischen Bischöfe überraschend, in Zukunft auf ihr Mitbestimmungsrecht verzichten zu wollen. Die Klägerinnen und Kläger vermutet hinter diesem Schritt die Angst vor einer für die Kirche negativen Entscheidung aus Karlsruhe. Jetzt wird um die konkrete Ausgestaltung des Verzichts gestritten. Während das bayrische Wissenschaftsministerium eine offizielle Verzichtserklärung ausreichen lassen will, bestehen die Grünen im bayrischen Landtag sowie die Klägerinnen und Kläger auf eine Änderung des Konkordats.⁸ Nach Angaben der bayrischen Grünen laufen derzeit Gespräche zwischen den deutschen Bischöfen und dem Vatikan um eine rechtsverbindliche Grundlage für den Verzicht zu schaffen.

Uni Freiburg: Die letzte Bastion der Kirche?

Anders in Freiburg. Hier erklärte ein Sprecher des Bistums unmittelbar nach der bayrischen Verzichtserklärung, an

den hiesigen Konkordatslehrstühlen festzuhalten.⁹ Freiburg und Mainz wären dann die letzten Universitäten, an denen die Kirche bei der Besetzung von Lehrstühlen außerhalb der theologischen Fakultäten mitreden darf.

Die meisten Studierenden wissen davon nichts. Der Philosoph Konrad Lotter spricht daher von Indoktrination und Etikettenschwindel: Die unabhängig scheidenden Professorinnen und Professoren würden ihre Glaubensüberzeugungen unerschwerlich in den wissenschaftlichen Diskurs einfließen lassen.¹⁰

Wie lange die Bastion hält, ist fraglich. Ein beachtlicher Teil der juristischen Fachliteratur hält die Konkordatslehrstühle inzwischen für verfassungswidrig.¹¹ Eine Gelegenheit das Badische Konkordat gerichtlich überprüfen zu lassen könnte sich ergeben, wenn einer der beiden Lehrstühle neu zu besetzen ist. Wichtiger noch wäre eine öffentlich geführte Diskussion darüber, ob die Institution der Konkordatslehrstühle noch zeitgemäß ist.

David Werdermann

1 Neumann, S. 82 ff.

2 Föhr, S. 51 f.

3 Will, S. 149.

4 Zitiert nach May, S. 369.

5 Neumann, S. 102 f.

6 May, S. 361 f.

7 Badische Zeitung vom 13.03.2009, online abrufbar unter <http://www.badische-zeitung.de/bildung-wissen-1/wo-die-kirche-mitredet--12624880.html>.

8 taz vom 24.03.2013, online abrufbar unter

<http://www.taz.de/!113341/>.

9 taz vom 25.03.2013, online abrufbar unter <http://www.taz.de/!113400/>.

10 Lotter, S. 57.

11 Vgl. Aufzählung in der Verfassungsbeschwerde, online abrufbar unter <http://konkordatslehrstuhlklage.de/wp-content/uploads/2013/02/Verfassungsbeschwerde-Wessels-23.3.12b.pdf>, S. 18.

Informationen/Literatur:

Blog zu den Verfahren gegen die bayerischen Konkordatslehrstühle: www.konkordatslehrstuhlklage.de

Ernst Föhr, Geschichte des Badischen Konkordats, Freiburg 1958.

Daniel Gotthardt: Konkordatslehrstühle, MIZ – Materialien und Informationen zur Zeit, Heft 3/07, online abrufbar unter <http://www.miz-online.de/node/88>.

Johann-Albrecht Haupt, Konkordatslehrstühle – warum kneifen die bayerischen Bischöfe?, in: Till Müller-Heidelberg u.a., Grundrechtreport 2014, Frankfurt am Main 2014, S. 187.

Konrad Lotter, Die Konkordatslehrstühle an den bayerischen Universitäten, Überformung und Verdrängung der Philosophie durch die katholische Religion, in: Widerspruch, Heft 45, 2007, S. 53, online abrufbar unter <http://konkordatslehrstuhlklage.de/wp-content/uploads/2009/08/lotter.pdf>.

Georg May, Mit Katholiken zu besetzende Professuren für Philosophie und Geschichte an der Universität Freiburg nach dem Badischen Konkordat vom 12. Oktober 1932, in: Bernhard Panzram u.a., Ius et salus animarum. Festschrift für Bernhard Panzram, Freiburg 1972, S. 341.

Thomas Neumann, Die sogenannten Konkordatsprofessuren, Genese und aktuelle Problemfelder, Essen 2013.

Konrad Tilmann, Die sogenannten Konkordatsprofessuren, Geschichtliche Entwicklung und Heutige Rechtsproblematik, Freiburg 1971.

Erich Will, Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Freistaat Baden vom 12. Oktober 1932, Freiburg 1953.

Für Wiese, Freiheit und Öffentlichkeit!

Die geplante Umgestaltung des Platzes der Alten Synagoge zerstört alles, was ein gutes Leben ausmacht.

Seit nun schon einiger Zeit steht auf dem Platz der Alten Synagoge eine große Tafel, die über die geplante Neugestaltung des Platzes informiert: Die Wiese soll einer großen Steinfläche weichen.

Wer sich mit den Nutzerinnen und Nutzern des Platzes unterhält merkt schnell, dass diese Planungen auf wenig Verständnis stoßen. Gegen eine Neugestaltung der Fläche, die durch den Wegfall der Straße am Platz der Alten Synagoge entstehen

wird, hat eigentlich niemand etwas einzuwenden. Warum aber die Wiese komplett verschwinden soll, das ist niemandem so wirklich klar. Oft ist von einem „modernen“ und „urbanen“ Platz die Rede. Man zeigt aber ein reichlich verkürztes Verständnis von Moderne und Urbanität, wenn man meint, diese würden sich in einer kühl-neutralen Ästhetik von formaler Selbstgenügsamkeit und hermetischer Steinmonotonie erfüllen.

Wenn man dieser Tage bei Sonnenschein über den Platz läuft, spürt man sofort die einzigartige Atmosphäre. Der Platz ermöglicht ein gelassenes und ungezwungenes Verweilen und ist so für

viele Menschen alltäglicher Lebensort geworden. Hier trifft man auf eine außergewöhnliche Lebendigkeit und Vielfalt, von der auch die restliche Innenstadt bereichert wird. Der Platz ist so lebendig, weil er ein offener und unbestimmter Ort für alle Menschen ist. Man kann in Ruhe ein Buch lesen und Lernen, man kann Diskussionen führen, Malen, gemeinsam Mittagessen, mit Menschen ins Gespräch kommen, ein Theaterstück aufführen, Demos und Veranstaltungen abhalten, im Sand spielen, Menschen beobachten, man kann gemächlich plaudern, in der Sonne liegen, Nichtstun und mit Muße die Zeit verstreichen lassen: Die Atmosphäre des Ortes erschließt neue Perspektiven

und Stimmungen und wenn man sich ein wenig auf dem Platz aufhält, steht man bald in einer Art Dialog zu ihm – die Dinge fangen an zu leben.

Der geplante Platz jedoch ist eine sterile glatte Fläche, die jede Bezugnahme abweist. Ihre Reinheitsästhetik unterstreicht eine tote Selbstgenügsamkeit, in der die Menschen, die den Platz nutzen könnten, nicht eingeplant sind. Im Gegensatz zum jetzigen Platz bleibt die geplante Fläche in ihrer selbstzufriedenen Ästhetik abstrakt und leblos.

Zudem wird sich diese Fläche im Sommer unerträglich stark erhitzen. Man kann schon jetzt am Uni-Innenhof, dem Platz der Weißen Rose, sehen, wohin eine Totalversiegelung führt: Im Sommer drängen sich die Studierenden auf die wenigen Rasenflächen, die es dort noch gibt. Auf dem Platz selbst hält sich niemand auf. Das hat etwas Beklemmendes. Diese eigenartig tot-verlassene Atmosphäre würde sich auch auf dem Platz der Alten Synagoge ausbreiten. Anstatt dass in seinem Zentrum das Leben pulsiert, Menschen einander begegnen, miteinander lachen und die schattige Ruhe genießen, werden Menschen schwitzend aneinander vorbeilaufen, getrieben von Hitze und Stress – eine lebensfeindliche Stimmung inmitten der Freiburger Innenstadt.

Innenstädte sollten offene Orte sein, an denen die verschiedensten Menschen frei aufeinandertreffen können, um die Gegenwart miteinander zu gestalten. Eine lebendige Stadt bedeutet, dass sie von den Menschen nicht nur einmalig, sondern immer wieder neu und anders gestaltet werden kann. Eine lebendige Stadt darf den Menschen nicht als monolithischer Funktionsblock gegenüberstehen, sondern soll immer wieder neue Perspektiven ermöglichen und zulassen. Der städtische Raum ist aber leider immer mehr darauf verkürzt, bloßes Sammelsurium für Wohn-Arbeits- und Einkaufsorte zu sein. Leben heißt aber mehr als Wohnen, Arbeiten und Einkaufen! Leben meint auch und insbesondere jenseits von diesen Funktionsbestimmungen sein zu können. Dafür braucht es öffentliche Orte, die in ihrem Grundcharakter wesentlich unbestimmt sind und Menschen so zur freien Gestaltung einladen.

Nachdem die Straße über den Platz der Alten Synagoge nicht mehr von Autos

befahren wird, zeigen sich die Chancen, die der Platz eröffnet. Mit Wiese ist er auch für kurze Genußmomente im Alltagsleben offensichtlich attraktiver als heiße Steinplatten. Zudem zeigt die jetzige provisorische Gestaltung, wie Menschen sich wieder mündig zum öffentlichen Raum und damit zum eigenen Leben verhalten können.

Die geplante Zerstörung der Wiese hingegen steht nicht nur für eine Entfremdung des Menschen vom öffentlichen Raum, sondern sie steht prinzipiell für den zunehmende Verlust von Öffentlichkeit. Eine wirkliche Öffentlichkeit bedeutet, dass sich verschiedene Menschen in einem offenen Ort treffen, frei ihre Verhältnisse zueinander bestimmen und sich miteinander über die Gestaltung ihrer gemeinsamen Wirklichkeit austauschen. Eine solche Öffentlichkeit gibt es aber nicht. Einzig in der Pseudo-Öffentlichkeit von Feuilleton- und TV-Diskussionsrunde wird ein fades Abbild von Öffentlichkeit simuliert. Öffentlichkeit ist heute kein demokratischer Raum mehr, sondern ein exklusiver Ort, mit restriktiven Zugangsregeln, an dem privilegierte Teilnehmer*innen den ebenfalls privilegierten Zuschauer*innen und Leser*innen sagen, was sie denken sollen. Und eine große Zahl von Menschen kommt in diesem Raum schlicht nicht vor.

Auch der Platz, wie er bald geplant ist, wird kein öffentlicher Ort sein. Es wird eine abstrakte Fläche, zu der die Menschen keinen Bezug haben. Auf dem geplanten Platz wird man sich nicht mehr niederlassen und mit fremden Menschen sprechen können, sondern man läuft haltlos und desinteressiert über ihn hinweg, im Kopf nur die privaten Angelegenheiten, die man noch besorgen muss. Das Öffentliche gibt es eigentlich gar nicht mehr, es ist reduziert auf die Vielheit der Eigeninteressen, die indifferent gegeneinander aneinander vorbeirennen. Wenn Menschen dabei auf der Strecke bleiben, interessiert das Niemanden, auch weil es Keiner mehr sehen kann.

Und so zeigt sich auch ein weiteres gesellschaftliches Phänomen an den neuen Planungen, nämlich die Parzellierung der Gesellschaft in Kleingruppen, die nicht mehr miteinander kommunizieren: Ein bedrohter Mittelstand schottet sich zunehmend in fiktiven Privatwelten ein und die Angst vor dem Abstieg schürt Wut und Ressentiment gegen die unteren

sozialen Klassen. In der Sorge um das individuelle Fortkommen, vergisst man über sein Verhältnis zur Gesellschaft nachzudenken. Borniert kreist man nur noch um das eigene Schicksal und verdrängt, dass einem nicht das Ich, sondern der*die Andere der*die Nächste sein sollte. Und wenn man dann vollends von sich berauscht ist, versucht man beispielsweise wohnungslose Menschen aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben, indem man sie aus den oberen sozialen Etagen des juristischen Studierzimmers mit Eiern und Wasserbomben bewirft – oder eben Plätze so gestaltet, dass man sich dort kaum mehr aufhalten kann.

Wenn sich auswächst, was sich gerade entwickelt, dann wird es bald zur Farce von Gesellschaft zu sprechen. Auf dem jetzigen Platz wird eben diese Entwicklung antizipiert. Der geplante Platz ist kein freier Raum, auf dem man solidarisch mit anderen Menschen ganzer Mensch sein kann, sondern als Student*in, Angestellte*r und Konsument*in hetzt man über die heiße Oberfläche zwischen Wohnung, Kaufhaus und Bibliothek hin- und her, eingeschlossen in die kahle Privatburg des egomanischen Selbst.

Die Umgestaltung des Platzes ist also auf einer sehr prinzipiellen Ebene bedenklich, aber auch ganz vordergründig leuchtet eigentlich sofort ein, dass eine Wiesenfläche in der Innenstadt für alle viel reizvoller ist, als die überall zu beobachtende Trenderscheinung von langweilig uninspirierter Vollversiegelung.

Warum sollte man Dinge, die von oben kommen, immer nur hinnehmen? Wir sollten nicht nur unsere Eigenbiographie in die eigene Hand nehmen wollen, sondern auch und besonders die Dinge, die um uns herum passieren! Man könnte die Neugestaltung des Platzes mit Ärger und Unverständnis hinnehmen und damit der Planung insgeheim Legitimität verschaffen. Man kann aber auch versuchen etwas dagegen zu tun. Man kann Leserbriefe verfassen, die Stadträtinnen und Stadträte anschreiben. Man kann eine Petition im Internet unterschreiben, die sich für den Erhalt oder wenigstens Teilerhalt der Wiese einsetzt. Man ist nicht allem heillos ausgeliefert, sondern man ist überrascht, wie schnell sich manchmal bewegen lässt, was zuvor unverrückbar erschien.

Georg Spoo

CSD I

Eine Nachb

gleich von der Leistung der Schaumkanone auf dem CSD-Team Wagen überzeugen; die Straße wurde in ein riesiges Schaumbad verwandelt.

Die Teilnehmer*innen sind tanzend, singend,

Am Samstag, den 12. Juli war es endlich so weit – nach über 10 Jahren hat auch in Freiburg wieder ein Christopher Street Day (CSD) stattgefunden. Unter die vielen Nationalfahnen, die zwecks Fußball WM gehisst wurden, mischten sich plötzlich viele Regenbogen-Fahnen, als Zeichen der Toleranz und Vielfalt.

Bevor die Parade losgezogen ist (wie erwartet leicht verspätet...), wurde die Masse von Bernadette La Hengst & den Rolling Role Models vor dem Stadttheater aufgeheizt. Die CSD-Orga hat noch einmal die wichtigsten politischen Forderungen vorgetragen. Deren Kernaussage lässt sich mit dem Satz „Wir haben einfach keinen Bock mehr auf Homo- und Transphobie“ zusammenfassen. Die Demonstration ist dann unter dem Kampfschrei „Wir leben wie wir wollen und wir lieben wen wir wollen“ Richtung Rempartstraße gestartet und konnte sich

bunt, in Alltagsklamotten und/oder verkleidet zur Musik der zwölf Fahrzeuge durch die Stadt gezogen. Dabei soll natürlich nicht vergessen werden, dass der CSD eine Demonstration und keine Party ist – das fröhliche Beisammensein und die ansteckende Atmosphäre ist eine für den CSD nahezu einzigartige Form der politischen Demonstration. Die Demonstrant*innen waren natürlich mit Transpis, Fahnen, Flyern und sonstigem Material ausgestattet und haben ihre politischen Forderungen artikuliert.

In der Herrenstraße wurde vor dem erzbischöflichen Ordinariat eine Zwischenkundgebung abgehalten, sicherlich kein Zufall denn die (katholische) Kirche trägt eine Mitschuld an den vom CSD kritisierten Zuständen. In Gedenken an alle Opfer von homo- und transphober Gewalt gab es eine Schweigeminute. Um ein Zeichen für die Liebe zu setzen,



Freiburg

berichterstattung

gab es im Anschluss einen einminütigen geschlechtsunabhängigen/-übergreifenden Kiss-In. Die Durchführung dieser beiden Punkte hat leider nicht optimal funktioniert – dafür aber umso mehr eine Lärm-Minute unter dem Motto „Schreien – gegen 2000 Jahre verstopfte Ohren“.

Auf dem Rückweg zum Stadttheater hat sich das bis dahin angenehme Wetter leider in einen Regenschauer verwandelt; umso erfreulicher war aber, dass sich die Mehrheit der Teilnehmer*innen davon nicht hat stören lassen und nach der Abkühlung noch lauter weitergezogen ist.

Zur Parade lässt sich abschließend sagen, dass Freiburg gezeigt hat, wie bunt und vielfältig es ist – Drag Queens*Kings, Trans- und Homosexuelle, Heteros, Frauen, Männer, alles dazwischen und noch Viele mehr. Gemeinsam sind all diese Menschen auf die Straße gegangen und haben ein Zeichen gesetzt: für Akzeptanz und Toleranz und ein friedliches und buntes Leben in der Stadt.

Bis 22 Uhr gab es dann noch ein buntes Programm mit verschiedenen Performer*innen und politischen Redebeiträgen von verschiedenen Gruppen. Anschließend wurde die lange Club-Nacht im Crash und Dreieck eröffnet. Der

CSD möchte so unkommerziell wie irgendwie möglich sein und finanziert sich deshalb hauptsächlich aus den Eintrittsgeldern der Gäst*innen, die 8€ Eintritt sind also als ein Soli-Beitrag zu verstehen.

Endgültig wird der CSD 2014 in Freiburg aber erst am Sonntag beendet. Das Programm geht ab 11 Uhr los und endet um 18 Uhr. Es gibt wieder Musik, Shows, ein Prinzess*innenfrühstück, Redebeiträge, eine Drag Olympiade (DIE Alternative zur WM) und vieles mehr. Ein Bericht liegt leider noch nicht vor; der Autor muss, wie viele andere Menschen auch, sich nun erholen um am Sonntag fit zu sein.

Abschließend lässt sich sagen, dass der CSD 2014 mit ca. 1000 – 1500 (grobe Schätzung...) Menschen ein großer Erfolg war. Wir sind friedlich und solidarisch durch die Stadt gezogen und haben ein Zeichen gesetzt, welches nicht ignoriert werden sollte / kann. Es bleibt die Hoffnung, dass auch im Jahr 2015 wieder ein CSD veranstaltet wird und wir alle Menschen aus diesem Jahr wiedersehen und noch viele neue dazugewinnen!



(Nach dem Lob des diesjährigen CSD sollte darauf hingewiesen werden, dass der Autor Mitglied des Orga-Teams ist ;))

In diesem Sinne We're here! We're queer!

*Fabian Wenzelmann
Regenbogenreferat*



Das Wirken des willkürlichen Walters

Walter Rubsamen, Chef des Amts für Öffentliche Ordnung, ist im Ordnungswahn

Letztes Wochenende fand in Freiburg der erste CSD seit 10 Jahren statt. Als Höhepunkt gab es am Samstag eine Parade mit Wägen durch die Innenstadt. Dass dies so reibungslos ablaufen konnte, war unter anderem der Tatsache geschuldet, dass der CSD als Demonstration von einer Person beim Amt für Öffentliche Ordnung angemeldet wurde. Anders also als viele andere Demos, die schon seit Jahren in Freiburg bewusst nicht angemeldet werden.

Gründe gegen die Anmeldung von Demonstrationen gibt es viele. In der Vergangenheit wurde vom Ordnungsamt versucht, angemeldeten Demonstrationen unmöglich erfüllbare und repressive Auflagen zu geben. Dies reichte von „keine Trommeln und Musik in der Innenstadt“ über „Keine Sicht auf Schaufenster versperren“ bis hin zur detaillierten Beschreibung von Material, Länge und Dicke von Fahnenstöcken. Darüber hinaus wurden Anmelder*innen für Handlungen von Teilnehmer*innen verantwortlich gemacht und im Nachhinein Repression ausgesetzt. Auch sind Fälle bekannt, in denen die Personaldaten von Anmelder*innen später in Datenbanken von verschiedenen Polizeibehörden aufgetaucht sind.

Um sich dieser Repression zu entziehen, werden viele Demonstrationen in Freiburg schon seit Jahren nicht angemeldet. Dies hat aber auch Nachteile. Zum Beispiel muss mit einem größeren Polizeiaufgebot gerechnet werden.

Die Teilnahme an Versammlungen ist unabhängig von der Anmeldung durch das Grundgesetz und das Versammlungsgesetz geschützt. So heißt es in Artikel 8 des Grundgesetzes: „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.“

Obwohl in § 14 des Versammlungsgesetzes steht, dass spätestens 48 Stunden vor der Bekanntgabe der öffentlichen Versammlung diese mit Angabe einer verantwortlichen Leitung bei zuständiger Behörde anzumelden ist, kann laut Grundsatzbeschluss des Bundesverfassungsgericht (Brockdorf-Beschluss) von 1985 davon abgewichen werden: „Da alle Beteiligten bei Vorbereitung und Durchführung grundsätzlich als gleichberechtigt gelten, passen die ursprünglich unproblematischen Vorstellungen vom Veranstalter und Leiter nicht mehr so recht. Im übrigen dürfte die Bereitschaft Einzelner, als Veranstalter und Leiter verantwortlich in Erscheinung zu treten, auch deshalb abgenommen haben, weil das Risiko, strafrechtlich und haftungsrechtlich herangezogen zu werden, mangels klarer Vorschriften und kalkulierbarer Rechtsprechung zumindest zeitweise unabsehbar war.“

Deshalb ist die Auflösung einer Demonstration, so lange sie nicht den Charakter einer „friedlich konzipierten Demonstration“ verliert, auch ohne gesamtverantwortlichen Anmelder nach der Rechtsprechung eigentlich nicht zulässig. In Freiburg von der Polizei um Einsatzleiter Harry Hochuli vom Revier Nord ist sie mit wechselhaftem Erfolg allerdings gängige Praxis.

Das Amt für Ö, wie das Amt für Öffentliche Ordnung auch genannt wird, erlässt als Antwort auf nicht angemeldete Demonstrationen oder Straßenfeste gerne Allgemeinverfügungen.

In den letzten Jahren wurden auf diese Weise das unkommerzielle Straßenfest im Grün am 1. Mai durch das Ordnungsamt verboten. Trotz eines Rundes Tisches und regen Dialogs zwischen den Anwohner*innen, wurde auch dieses Jahr eine Allgemeinverfügung für das Grün

vom Ordnungsamt verfasst. Auch das private Grethergelände wurde dieses Jahr in die Allgemeinverfügung, die jegliches musizieren, spielen, platzieren von Möbeln und Getränkeausschank verbietet, einbezogen.

Letztes Jahr war das Grethergelände noch Ausnahme der Verfügung und deshalb der Standort, auf den sich das Straßenfest konzentrierte. Grund dafür waren aber auch die Polizeiketten in der Grether- und Adlerstraße. Deswegen waren von den Bewohner*innen in diesem Jahr auch keine Aktionen auf dem Gelände vorgesehen, um das Straßenfest wieder auf die Straße zu verlagern, was auch trotz der Anwesenheit von mehreren hundert Polizist*innen lautstark gelang (vgl. Artikel des akj <http://akj-freiburg.de/?p=811>).

Bei der Love or Hate Parade am 7. Juni, anlässlich des 20 Jahre KTS Geburtstags, waren es dann ebenfalls zwei Allgemeinverfügungen, die die Demo verhindern sollten. Nicht offen angekündigt und dadurch schon ihrer Rechtsgültigkeit fragwürdig, richtete sich eine Allgemeinverfügung an Personen, die mit „Fahrzeuge mit wagenburg-typischen Aufbauten“ an dem Tag von den verschiedenen Wagenplätzen in Freiburg zur Teilnahme an der Demonstration fahren wollten. Die andere Verfügung galt allgemein für alle Teilnehmenden der Demonstration und forderte unter anderem die Benennung eines Versammlungsleitenden.

Ein Widerspruch oder die juristische Anfechtung gegen die Allgemeinverfügungen, die sehr kurzfristig erlassen werden, haben keine aufschiebende Wirkung. Trotz möglicher Unrechtmäßigkeiten und rechtswidrigen Inhalten hat so die Polizei eine Rechtfertigungsbasis für ihr heftiges Agieren. Somit setzt das Ordnungsamt schon von vornherein



Wie lange der willkürliche Walter wohl noch so lächeln kann?

einen Maßstab für die Repression der Polizei. Der Versuch der Unterbindung von nicht angemeldeten Versammlungen ist also nicht was die Rechtsprechung angeht fragwürdig. Wenn einige Hundertschaften das Grün oder die Innenstadt belagern und es trotzdem nicht schaffen, ein Straßenfest oder eine Love or Hate Parade zu verhindern, entsteht in der Öffentlichkeit nur Unverständnis, dass ein so hartes Vorgehen der Polizei gegenüber feiernden und friedlich demonstrierenden Personen vollzogen wird.

Doch nicht nur politische Veranstaltungen haben unter dem Regulierungswahn der Stadt zu leiden. Nach dem Schlossbergfest 2008 verhängte das Ordnungsamt gegen die Betreiber*innen ein Bußgeld wegen Lärmbelästigung. Das Amtsgericht stellte das Verfahren ein. Nach dem Fest 2011 und erneutem Stress mit der Ordnungsbehörde kündigten die Betreiber*innen an: „Die Zusammenarbeit mit den Entscheidungsträgern der Stadt, vor allem dem Leiter des Amts für Öffentliche Ordnung, Walter Rubsamen, ist unzumutbar. [...] Ein weiteres Engagement und die Fortführung des Schlossbergfestes können wir uns allenfalls vorstellen, wenn es irgendwann zu einer Veränderung in der Leitung des Amts für Öffentliche Ordnung kommen würde.“

Das Problem ist also auch nicht neu. Schon 2008 berichtete das Stadtmagazin für Freiburg Chilli vom „Amt für Öffentliche Willkür?“ und dem Ordnungswahn des Ordnungsamtchefs. Dabei verweisen sie auf einen Bild-Zeitungsartikel aus dem Jahre 2004 mit dem Titel: „OB schickt Behörden-chef auf Psycho-Couch ...weil er seine Mitarbeiter übel schickanierte“. Nicht der erste Streit zwischen Dieter Salomon und seinem Chef der Ordnungsbehörde. Rubsamen, übrigens

SPDler, war unter Oberbürgermeister Böhme noch in führender Position im Oberbürgermeisterbüro tätig, doch da wollte Böhmes Nachfolger Salomon ihn nicht haben und versetzte Rubsamen 2002 ins Ordnungsamt.

Als es 2012 eine regelrechte Verbotswelle des Amts für Öffentliche Ordnung gab, fand als Protest ein Rave mit 200 Leuten unter dem Motto: „Mein Gott Walter! Rave against the Ordnungsamt“ statt. Dabei ging es neben dem Verbot des 1. Mai Festes im Grün um strenge Auflagen gegen eine Abi-Party in der Messehalle, das Public Viewing im Stühlinger Park und die „Downtown-Streetparty“, die daraufhin alle von ihren Veranstalter*innen abgesagt wurden.

Dieses Jahr leisteten sich Walter Rubsamen und Co. mit der Beschlagnahme der Wagen der Wagengruppe Sand im Getriebe einen weiteren Gipfel der Willkür. Seit drei Monaten sind die Wägler*innen nun obdachlos und eine Herausgabe der Wagen vor der formalen maximalen Zeitraum der Beschlagnahme von sechs Monaten ist aussichtslos. Trotz des expliziten Wohlwollens des Gemeinderats in diesem Fall hält das Ordnungsamt an ihrer harten Linie fest.

Und geht sogar aktuell noch weiter in die Offensive: Der Kyosok im Grün, der als Stadtteilprojekt betrieben wird und als das natürlich bei dem Straßenfest am 1. Mai mitwirkt, soll laut Ordnungsamt nun unter die Gaststättenverordnung fallen. Erweist sich dies als rechtens, so muss der Betreiber den weiteren Betrieb beim Ordnungsamt beantragen und genehmigen lassen, wobei die Behörde schon angekündigt hat keine Genehmigung zu geben.

Ein weiterer und neuester Fall von

Ordnungswahn betraf den Obdachlosen Alf, der unter der Leo-Wohleb-Brücke nicht nur schläft, sondern sich auch künstlerisch und häuslich eingerichtet hat. Seit einem Jahr wohnt er dort und das im Dialog mit Anwohner*innen, die sich nicht von ihm gestört fühlen, im Gegenteil ihm immer wieder Möbel, Matratzen und andere Dinge vorbei bringen. Das Amt für Öffentliche Ordnung will anlässlich der WM Alfs Zuhause nun räumen, weil sie seine Sachen für Müll halten.

Wohin dieser Kurs des Ordnungsamts noch geht, ist nicht abzusehen. Eine Eindämmung von Seiten der Stadtverwaltung oder dem Gemeinderat ist unwahrscheinlich, sind diese doch auch oft auf einem repressiven Kurs unterwegs. Zumindest vor der Gemeinderatswahl im Mai war es nicht schwer eine Mehrheit für eine zweite Knüppel-Garde, den Kommunalen Ordnungsdienst (KOD), zu bekommen. Ebenfalls ist noch offen, ob der Gemeinderat dieser Legislaturperiode den Beschluss zur Einführung des KODs im Oktober nach der Frist von 6 Monaten direkt wieder kippt oder ob sich dann aufgrund von schon geschaffenen Tatsachen der Stadtverwaltung (wie z.B. dem Einstellen von Personen) und damit aus finanziellen Gründen kein Rückzieher mehr gemacht wird.

Mit diesem Ordnungsamt kann die Stadt das Bild der Green-City, die sich als tolerant präsentiert und sich mit den Regenbogen-Federn des CSDs gerne schmückt, nicht mehr lange aufrecht erhalten. Wer solch einen repressiven Kurs fährt, wird über kurz oder lang die Antwort darauf bekommen.

Anna Tenberg



Transparent auf dem „Rave against the Ordnungsamt“

Sommerzeit – Abschiebezeit

Große Solidarität mit einer von Abschiebung bedrohten Familie

Vergangenen Dienstag, am 8. Juli, versammelten sich nachts um 4 Uhr 80 Aktivist*innen, um eine fünfköpfige Familie vor einer Abschiebung zu schützen.

Die Familie hatte erst am Tag zuvor erfahren, dass eine nächtliche Abschiebung nach Serbien geplant war. Sie sollte sich ab 4 Uhr bereit halten. Die Familie ist aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur Gruppe der Roma in ihrem Herkunftsland massiver Diskriminierung ausgesetzt. Der Vater der drei kleinen Kinder ist traumatisiert und befand sich zum fraglichen Zeitpunkt in stationärer Behandlung. Das Regierungspräsidium, welches für Abschiebungen zuständig ist, wurde darüber kurzfristig informiert. Eine Trennung und Abschiebung der Familie wäre offensichtlich unzumutbar gewesen.

Dies veranlasste 80 Menschen zu der vom Regierungspräsidium angekündigten Zeit und bis in die frühen Morgenstunden vor dem Flüchtlingswohnheim zu verharren. Die Polizei erschien in diesem Zeitfenster nicht, erklärte jedoch im Nachhinein gegenüber der Presse, dass sie in der Nacht nach der Familie gesucht habe. Da ab 4 Uhr durchgehend Personen vor Ort waren, muss dies vor der angekündigten Zeit gewesen sein.

Anderorts konnten Abschiebungen nicht abgewendet werden. 77 Menschen wur-

den am Dienstag in einem Charterflug vom Flughafen Baden-Baden nach Serbien und Mazedonien abgeschoben. Laut Flüchtlingsrat Baden-Württemberg wurden mehrere Flüchtlinge erst am Vorabend über die Nichtdurchführung ihres Asylverfahrens und über die nächtliche Abschiebung informiert.



Zu befürchten ist, dass dies kein Einzelfall bleibt. Der Winter ist nun vorbei und mit ihm der Abschiebestopp. Hinzu kommt, dass Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sogenannte „sichere Herkunftsstaaten“ klassifizieren werden sollen; das hätte zur Folge, dass Asylanträge von Flüchtlingen aus diesen Ländern von vornherein als „unglaublich“ gelten. Baden-Württemberg greift, wie sich mit der letzten Sammelabschiebung gezeigt hat, schon jetzt zu einer härteren Abschiebepaxis und das obwohl der Bun-

desrat dem Beschluss des Bundestages zu den „sicheren Herkunftsstaaten“ noch nicht zugestimmt hat und die in Baden-Württemberg regierenden Grünen dieses Gesetzesvorhaben ablehnen.

Doch solange abgeschoben wird, wird auch der Protest anhalten. Wir werden die unmenschliche Abschiebepaxis, die Menschen still und heimlich nachts abholt und wegbringt, nicht unkommentiert stehen lassen. Wir werden sie in die Öffentlichkeit bringen und wir werden uns in den Weg stellen.

Ein Vorbild könnte dabei Osnabrück sein. Dort konnte das „Bündnis gegen Abschiebung“ vergangene Woche auf zwei aufeinanderfolgende Tagen 100 Menschen mobilisiert und damit zum bereits zehnten Mal eine Abschiebung verhindern.

*Michal Armbruster
Antidiskriminierungs-Referat*

Wer per SMS über Aktionen gegen Abschiebungen in Freiburg informiert werden möchte, schickt am besten eine SMS an den Tag-X-SMS-Verteiler (0152-217-785-23) mit dem Stichwort: anmelden. Wer von einer Abschiebung weiß, bei der öffentlicher Protest erwünscht wird, bitte schnellstmöglich bei info@freiburger-forum.net oder telefonisch unter 0151-282-112-52 melden.

(NON)Public Viewing

Über die Grenzen der Partyöffentlichkeit

Public Viewing – zurzeit findet eine Verunglimpfung dieser Wortkombination statt, die eigentlich solidarischen Fußballer*innen, Gemeinsamkeit, Offenheit, Vielfalt und – nicht zuletzt – eine für jeden zugängliche Öffentlichkeit verheißt. Meine These: Dieses Gefühl der Solidarität und Egalität, das was eben vom

Produkt „Public Viewing“ erwartet und auch versprochen wird, ist das eigentlich Anziehende an diesen Veranstaltungen, nicht der Fußball. Insofern begehen die Anbieter*innen dieses Produkts einen Betrug an Ihren Käufer*innen, denn diese Veranstaltungen sind eben alles andere als public, zu Deutsch: öffentlich.

Hier eine kleine Duden-Wörterkunde zum ab- bzw. mitschreiben: öffentlich, Bedeutungen: 1. für jeden hörbar und sichtbar; nicht geheim 2. für die Allgemeinheit zugänglich, benutzbar. Irgendetwas scheinen die Veranstalter*innen der Freiburger Nonpublic Viewings im Mensagarten und auf dem Strabag-

Gelände nicht richtig verstanden zu haben. Vielleicht auch gar nichts? Mit öffentlich hat das jedenfalls wenig zu tun. Benötigt wird im Falle des Mensagartens entweder ein Studierenden- oder Mitarbeiter*innenausweis und auf dem Strabag-Gelände ein ausreichend gefüllter Geldbeutel sowie ein Mindestalter von 16 Jahren. Der Rest des Pöbels möge bitte zu Hause bleiben. Dass damit etliche Menschen von der scheinbaren Öffentlichkeit ausgeschlossen werden, stört wohl niemanden. Schließlich haben die Privilegierten ja auch für das Gemeinschaftlichkeits-Gefühl gezahlt

(entweder Verwaltungsgebühren oder „Sicherheitsgebühr“ [sic!]) und wollen nun gefälligst ihr wohl verdientes Produkt genießen.

Das erinnert mich an etwas, was war das nochmal? Ach ja: An den WM-Song 2014 „We are one“ von Pitbull & Jennifer Lopez, der zusammen mit der restlichen Werbemaschinerie rund um die WM-Einigkeit demonstrieren und dabei über die sozialen Ungleichheiten, inklusive Konflikte, in Brasilien hinwegtäuschen soll. Schließlich sollen diese uns doch nicht die

gute Laune verderben. Nachher bekommen wir noch ein schlechtes Gewissen wegen unserer Rolle als Unterstützer*in des Ganzen; das wäre ja noch schöner! Genauso wie in Brasilien verbirgt die Bezeichnung des Public Viewings die Realität und schafft eine Illusion: Der Fußball gehört eben nicht allen, wir sind nicht „One“ und das freudige, gemeinschaftliche Erlebnis bei der WM ist offensichtlich eben nicht jeder*jedem zugänglich.

Felix Fink

Zwanghafte Freiheit

Betrachtungen vom Ende des Traums

Traum und Zwang – immer hatte ich gedacht, war davon überzeugt, nichts sei größer als der Gegensatz jenes Wortpaars. Ich hatte dem mir intuitiv Erscheinenden vertraut, Träume würden sich gegen Zwänge richten. Auch was mir meine Mitmenschen vermittelten, gab mir das Gefühl, Traum und Zwang könnten gegensätzlicher, ja widersprüchlicher, kaum sein. Sie kämpften gegen Zwänge, träumten von der Freiheit. Zwang, das war es, dem wir entkommen wollten. Inzwischen hat er sich den Traum einverleibt.

„Eher scheint es, als wäre mir stattdessen bislang die Doppelbedeutung jenes Begriffs des Traums entgangen.“

„Inzwischen“ - möglicherweise ist es doch ein unpassendes Wort, impliziert es doch eine Zeitlichkeit: ein Davor, ein Danach. Eher scheint es, als wäre mir stattdessen bislang die Doppelbedeutung jenes freiheitsverheißenden Begriffs des Traums entgangen. Denn einerseits meint er Utopie, den Nicht-Ort. Das unerreichbare Ideal, aus dessen Unerfüllbarkeit selbst er seine Kraft erhält. Denn so bleibt der Traum Folie für Kritik und zugleich jener Standpunkt, der sich als utopischer - darum keinem Zustand Zuweisbarer - der Kritik entzieht. Andererseits spielt der Traum mit der

Verheißung seiner Einlösbarkeit. Auch diese ist Quelle seiner Stärke. Gerade, wenn er in der Politik verwendet wird – und mit jener meine ich jede Tätigkeit der Gestaltung menschlichen Lebens – ist der Traum jenes Versprechen, das als Antrieb für sonst undenkbare Anstrengungen genügt.

Dabei spielt gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Kalkulierens jene Versicherung, die Bemühungen seien rentabel, für die Attraktivität des Traums die wohl größte Rolle. Doch was der Traum so verliert, ist sein träumerischer Zug. Er ist Erfüllungserwartungen unterworfen, nun also auf seine Einlösbarkeit verpflichtet und dies somit mit ihm alle, die ihn zu Träumen propagieren. Der Traum, nun als Deal, verlangt Investments. Denn wird er in Zeiten des Kalküls der Ration, des Vergleichs mit seiner träumerischen Uneinlösbarkeit konfrontiert, so sieht er sich als Blase, als Fata Morgana verschrien. Sodass diejenigen, die ihn träumten, nun von der vernünftigen Gesellschaft das Brandzeichen der nichtsnutzigen Träumer*innen auf ihrer Haut tragen.

„Es ist gerade der Zwang, frei zu sein, der den Zwang totalisiert.“

So gibt der Traum, der in der gegenwärtigen Vernunft bestehen möchte, sein

Spielhaftes, sein Träumerisches auf, wird für den*die ihn Träumenden zum Zwang. Der Leistungsbilanz unterworfen verbleibt für den Traum als seine einzig zeitgemäße Form seine Funktion als in der Gegenwart, in der „Realität“ Nützliches. Er wird Instrument. Wird, doch erst wenn erfüllt, wenn zumindest als erfüllbar erahnbar zum Aushängeschild des*der Träumer*in und weißt ihn*sie als Visionär*in, als Macher*in aus. So wird er zum Zwang, muss die*der Träumende seinen Realitätsbezug doch beweisen. Als Fluchtpunkt besteht der Traum nur als Traum vom Tod, in der Ruhe, nach der keine Ziele mehr bestehen.

„Der vermeintliche Zugewinn an Freiheit erscheint so als die bloße Multiplikation der zwanghaften Wahlen.“

Dabei steht der Traum nur exemplarisch für all jenes, was nur noch sein kann, um für Anderes zu sein. Er ist nur Beispiel für das Ende des An-Sich. Er ist nur eine von nur zu zahlreichen Illustrationen dessen, dass, was als Freiheit begriffen wird, schon längst den Charakter des Zwangs angenommen hat. Ja, es ist gerade der Zwang, frei zu sein, der den Zwang totalisiert. Angesichts dessen, das kein Sein mehr jenseits des performativ hergestellten

besteht, hat die Freiheit ihren Charakter des über die Gegenwart Hinausschießenden eingebüßt. Sie ist verkommen zu bloßen, sich zwangsweise immer aufs neue auftuenden Wahlen des Mittels mit dem das Sein gegenüber sich selbst und anderen bewiesen wird. Vom höchsten aller Zwecke ist die Freiheit zum bloßen Mittel geschwunden. Der Mensch, der sich als freies Wesen verstand, ist nur noch Mittel für seine eigene Existenz. Der vermeintliche Zugewinn an Freiheit erscheint so als die bloße Multiplikationen der zwanghaften Wahlen.

„Selbstdisziplin erscheint als Schlüssel zum Glück.“

Entsprechend verhält es sich mit dem vielfach besungenen Beispiel des Glücks, welches das Gefühl von Freiheit der Rede nach hervorrufen würde. Es erodiert, verschwindet, angesichts dessen, dass jeder erhaschte Moment der Freiheit mit der Frage nach dem „Was nun?“, mit dem „Wozu?“ verkoppelt ist. Sogar das Innehalten selbst wird zum Handeln um des Status Willen. Kaum anders ist zu erklären, wieso die Rede von der Entschleunigung so präsent ist, wieso so viele davon reden, endlich „entspannt zu haben“, wieso sich mit Angeboten wie Yoga, die nur in Form von gemeinsamen Trainings erlernt werden können, soviel Geld machen lässt. Zeit gehabt zu haben, um nur wieder neue Verpflichtungen einzugehen, wird selbst als Resultat besonderer Selbstdisziplin bei den anderweitigen Verpflichtungen gewertet. Doch bereits schon die als frei begriffene Zeit ist selbst durchzogen von Disziplin, in den Zeitplan eingetaktet.

Selbstdisziplin erscheint als Schlüssel zum Glück. Selbst der Exzess, der Rausch muss gut geplant sein, eingefasst sein. Ihm wird eine Funktion zuge-dacht, zugeschrieben. Er soll Erfüllen, soll im Ausgleich und als Lohn für die Anstrengungen eine Erfahrung spenden, die von ihm Vornherein als glückliche festgesetzt wird. So ist auch der Exzess diszipliniert: Er ist getrimmt auf ein Ziel. Als zeitlich bestimmtes Fenster gedacht, vordefiniert, ist bereits zu seinem Anbeginn sein Ende in Sicht, seine selbstvergessene Unendlichkeit, die ihn eigentlich auszeichnen soll, ist immerzu durchdrungen von der Erwartung des Fallens auf den Boden der Tatsachen.

Selbstdisziplin, der Imperativ, Tätig zu sein, aber alleinig in dem Sinne, wie von der Gesellschaft, vom Umfeld erwünscht, scheint die notwendige Kehrseite davon zu sein, dass wir das Schicksal für überwunden glauben. War die als gottgewollt verstandene Ordnung voller Zwänge und Leid, so gab sie doch die Sicherheit, Teil von etwas zu sein, sich etwas zugehörig zu fühlen. Inzwischen scheint alles offen. Die Schranken, die soziale Stände und Klassen trennten, werden im Jubelsturm der formalen Gleichheit niedergerissen. Doch verdecken Jubel und Euphorie, gleichsam wie die Klagen über noch nicht gefallene Schranken, das Prinzip der Leistung, das alles vereinnammt. Das um sich greifende Prinzip des Wettbewerbs, das seine moralische Analogie in der Leistungsethik findet, rechtfertigt nun, wer Gewinner*in und wer Verlierer*in der gesellschaftlichen Ordnung ist. Analog verhält es sich im kleinen, in den vermeintlichen Schutzräumen, die von dem Prinzip, dass es zu belohnendes und zu bestrafendes Verhalten gibt, nicht Abstand nehmen können. So bleiben sie Schutzräumen alleinig vor den sonst dominanten Ordnungen.

„Der Gedanke bleibt, trotz der letzten, unumgänglichen Freiheit, die im Denken liegt, an das hier und jetzt gefangen.“

Ist das Sein, wie beschrieben, unablässig ans Tun gebunden und gänzlich auf dieses reduziert, so bleibt auch nicht der Gedanke frei, sofern er angenommen und nicht als falsch, zumeist heißt es dann „ideologisch“, verteufelt werden soll. Der Gedanke bleibt, trotz der letzten, unumgänglichen Freiheit, die im Denken als Spontanität liegt, an das hier und jetzt gefangen. Eingekesselt in die Normen und Wertvorstellungen der Umwelt des Menschen, der ihn denkt. Denn je größer die Spontanität, je größer die Differenz zwischen unmittelbar erfahrender Umwelt und zu denken Erlaubten einerseits und dem Gedanken andererseits, desto eher droht seine Verbannung und die der*des ihn Denkenden. So ist die Folge Selbstzensur.

Dies spitzt sich zu angesichts der nun „frei“ gewählten Gruppenzugehörigkeit. Diese müssen, als offene der Grenzziehung durch vormalig geltende Normen entledigt, immer neu das ihr Einheit Stiftendes bezeugen. Der Fragilität ih-

rer Grenzen bewusst, können sie kaum anders, als jedes Überschreiten dieser nur um so massiver zu ahnden. Jeder Übertritt, der das Gebilde ins Wanken bringt, die Zerbrechlichkeit der Gruppe offenlegt, kann nur als Angriff, bestenfalls als Affront gegen sie und damit alle, die ihre Identität an sie knüpfen, gelesen werden. So wird das Handeln der*des Einzelnen stets kritisch beäugt, jede Geste, die auf ein Abweichen hindeutet, zum Anlass für Sanktionen genommen. Das Denken selbst, zumeist als verdecktes in der*dem Einzelnen geschehend, steht dabei unter besonderem Verdacht. Als freies ist es selbst kaum einzuhegen in die allgemeine Ordnung. Seine Spontanität macht es als unkontrollierbares, als wildes zum Problem für jegliche Struktur. Es bleibt Unruheherd. Doch größer noch als der Gedanke, der sich dem Ziel verpflichtet sieht, ist der Traum, als utopischer, als sich als frei denkender, sich von dem Gegebenen freimachen wollender, Feind jeder Ordnung.

„Nur der Traum, der sich dem Zwang unterworfen hat, nützlich zu sein, und je im spezifisch gefragten Sinne, kann bestehen.“

So scheint es wenig zu überraschen, dass die*der Träumer*in heute eine mit Spott, mit Häme gedachte Figur ist. Es ist die Angst vor ihr, davor, sie könnte alles in Frage stellen, alles verwerfen, die sie zum Opfer der Aggression macht. Darum auch die Vorliebe und die Begeisterung für die Vision, den Plan, jene Form des Traums also, welcher sich als bereits festgezurrt und akkreditierter glücklich schätzen kann. Nur der Traum, der sich dem Zwang unterworfen hat, nützlich zu sein, und je im spezifisch gefragten Sinne, kann bestehen. So ist der Traum gezwungen, im schon Bestehenden zu verharren. So stibt er, angekettet an seine Einlösbarkeit, den Tod der gegenwärtigen Vernunft. Das Licht, das er als abstrakte Hoffnung ausstrahlte, es erlischt.

Eric Steinsberger

Must-gos!

Freitag, 18. Juli: Soliparty für das „Action Mond und Sterne“, 22 Uhr (Weißes Rabbitt)

Donnerstag, 24. Juli: Lesung: „Ausschwitz vor Gericht - Fritz Bauer damals und heute“ akj (HS 1095)

Freitag, 25. Juli: RDL Hoffest, 20 Uhr (Grether Gelände)

Samstag, 26. Juli: Actionday der Wagentage Freiburg

Montag, 28. Juli bis Samstag, 02. August: Grether Aktionswoche „Mieten Wohnen Gentrifizierung“ (Grether Gelände)

Samstag, 2. August: socialSIM – Gesellschaftssimulation, 9 Uhr (Mensa Rempartstraße)

Freitag, 15. August: Ende des Rückmeldezeitraums

Donnerstag, 21. August bis Sonntag, 24. August: „Action Mond und Sterne“ Sommercamp (Simmersfeld/Nordschwarzwald)

Impressum

Berta #855, 17.07.2014 (42. Jahrgang), 16 Seiten, Auflage: 1000 Stück.

Druck: Druckwerkstatt im Grün

Redaktion und Layout: Eric Steinsberger (V.i.S.d.P.), Hannes Hein, Anna Tenberg

V.i.S.d.P. für Service: Julian Zimmer, c/o AStA Uni Freiburg.

Kontakt: Berta, c/o AStA, Belfortstr. 24, 79085 Freiburg; Fon (0761) 203-2035; Fax (0761) 203-2034; referat-presse@mail.stura.uni-freiburg.de

Die Berta ist das offizielle Presseorgan des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) der Uni Freiburg. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des AStA wieder. Die Redaktion behält sich bei allen Manuskripten das Kürzen und den Zeitpunkt der Veröffentlichung vor.

Bilder: alle CC

AStA-Service (Telefon 203-2032, Fax -2034) – www.u-asta.de/service

Sekretariat info@stura.org

Mo-Fr 11-14 Uhr

Vincent Heckmann, Anne Schäfer, Hannes Hein

Hier kann mensch sich zur Rechtsberatung anmelden und erhält auch so manchen Tipp. Außerdem kann mensch so einiges erstehen (z.B. ISICs, Büromaterial, Zapatista Kaffee, ...)

EDV: Till Oßwald, Anna Tenberg - edv@u-asta.de

nach Vereinbarung

BAföG-Beratung: bafoeg-beratung@u-asta.de

nach Vereinbarung

Rechtsberatung:

Do, 11-13 Uhr

Bitte in der vorhergehenden Woche im Sekretariat anmelden!

Psychologische Beratung: Maria Richter psychologische-beratung@u-asta.de

nach Vereinbarung

Beratung für Studierende mit Kind studierenmitkind@u-asta.de

nach Vereinbarung

Konferenzen (Hieran kann jede*r Studierende teilnehmen und ist antrags- und redeberechtigt!) – www.u-asta.de/struktur

AStA (Konferenz der AStA Referate): vorstand@stura.org

Fr, 14 Uhr

StuRA (Studierendenrat): praesidium@stura.org

Di, 18 Uhr

Vorstand: Matthias Gornik, Rebecca Leins und Julian Zimmer- vorstand@stura.org

nach Vereinbarung Tel: 203-2033

WSSK (Wahl-, Satzungs- und Schlichtungskommission): wssk@stura.org

nach Vereinbarung

Referate (Jede*r Studierende ist aufgerufen, sich in den Referaten zu beteiligen!) – www.u-asta.de/engagement/referate

Referat gegen Faschismus: gegenfaschismus@stura.org

Fr, 14 Uhr

Antidiskriminierungs-Referat: Michal Armbruster – leoni.michal.armbruster@gmx.de

noch offen

Außen-Referat: Anne Schäfer – außen@stura.org

nach Vereinbarung

Datenschutz-Referat: Vincent Heckmann referat-datenschutz@stura.org

Do, 15 Uhr

Finanz-Referat: Thomas Seyfried- finanzen@stura.org

nach Vereinbarung, Tel: 203-9648

StuRa Präsidium: Jonas Hermann, Leonard Frank – praesidium@stura.org

noch offen

Gender-Referat: Rebekka Blum – gender@stura.org

Mo, 20 Uhr,

HoPo-Referat: Lena Becker- referat-hopo@stura.org

Di, 16 Uhr

Internationale Studierende: Cedric Jürgensen

noch offen

Kultur-Referat: Georg Ostendorff – referat-kultur@stura.org

noch offen

Lehramt-Referat: Sara San – referat-lehramt@stura.org

Di, 17 Uhr

Referat für politische Bildung: Anna Tenberg – anna@u-asta.de

nach Vereinbarung

Presse-Referat (berta): Eric Steinsberger – referat-presse@stura.org

Do, 12 Uhr

Referat für Erasmus und Auslandsstudium: Simon Hartmann

nach Vereinbarung

Regenbogen-Referat: Fabian Wenzelmann – referat-regenbogen@stura.org

Mo, 20 Uhr, Rosa Hilfe

Studieren ohne Hürden: Andreas Hanka – referat-soh@stura.org

nach Vereinbarung

Umweltreferat: Sabrina Friedl – referat-umwelt@stura.org

Mo, 18 Uhr

Die neuesten Termine und weitere Infos findet ihr wie immer unter www.stura.org .

Liebes Corps Rhenania*,

es sind schon harte Zeiten für euch. Da versucht ihr euch doch sonst immer so hart von den bösen politischen Burschenschaftlern abzugrenzen und doch seid ihr bei den Meisten trotzdem unten durch. Genau wie eure Waffenbrüder. Dabei wolltet ihr doch nur die Elite der Elite sein und nach dem Studium durch Vitamin-B schneller an das schöne Geld kommen. Tja wie lange das noch so gut geht, wenn selbst die Sozialdemokraten euresgleichen schon ausschließen?

Dabei wolltet ihr doch nur wild und frei sein. Aber das Gesaufe und Geraufe mit den ebenfalls betrunkenen Waffenbrüder macht euch ganz bestimmt nicht frei. Und wie gefällt euch wild, wenn sogar ins offene Fenster gepinkelt wird? Eurer Leben ist schon hart. Und wenn dann das Keilen nicht mehr klappt und nicht mal zu einer Party – gesponsert von Onkel V+ – genügend Leute kommen, um die Unkosten wieder rein zu kriegen. Jetzt kommt es sogar schon so weit, dass ihr auch noch überteuerten Eintritt nehmen müsst. Es ist ein Teufelskreis. Und dann werden auch noch immer eure Plakate abgehängt und eure Facebook-Accounts gehackt. Ihr armen Schweine!

Hey, aber Kopf hoch. Immerhin lebt ihr noch. Und es geht euch noch nicht wie dem Hamburger Studenten der besoffen in Heidelberg aus dem Fenster der Landsmannschaft Zaringia fiel. Also in Zukunft eher Vorsicht mit den Spritzen. Auch wenn ihr sie nur für nen Euro vertickt.

Ich mein, das bisschen Farbe an der Fassade, dafür müsste doch noch genügend Kohle im Vereinstopf sein. Aber aufgepasst, wenn das Finanzamt davon erfährt, geht es eurer Gemeinnützigkeit bestimmt bald an den Kragen.

Aber eins noch: Ihr studiert doch fast alle Jura oder VWL, warum wisst ihr dann nicht, dass man nicht klauen darf? Also ehrlich und dann auch noch von der Stadt Freiburg. Und dann hängt ihr das Schild der Stelle der Gleichberechtigung der Frau auch noch übers Spülbecken. Das ist aber keine Gleichberechtigung.

Also lasst das mit dem Sexismus sein und ihr könntet mir fast leid tun. Fast.

Liebe Grüße,

Kein Fan



* Nein dies ist kein Gendersternchen. Die guten männlichen Studenten lehnen nicht nur die Gender-Theorie ab, sie lassen selbst Frauen nicht rein. (Ich meine wer 1848 hängen bleibt...)

Corps übrigens gesprochen „Chor“, hat aber nix mit Singen zu tun, das sind die Sängerschaften.